

## Verband fordert Hilfe für Reporter

**NEONAZIS** Nach dem Überfall auf einen Journalisten schützt die Polizei das Opfer

**Dortmund/Berlin.** Der Deutsche Journalisten-Verband fordert nach einem Überfall auf einen Journalisten in Dortmund, die Täter un-nachgiebig zu verfolgen. „Mit dem Überfall wurde eine neue Eskalationsstufe erreicht“, sagte am Mittwoch der Bundesvorsitzende Michael Konken. „Dass Rechts-extremisten Journalisten anpöbeln und bedrohen, ist schlimm genug. Jetzt machen sie offensichtlich Jagd auf kritische Journalisten.“

Der freie Journalist war am Montag nach einer Neonazi-Kundgebung verfolgt, mit Steinen beworfen und mit dem Tode bedroht worden. Der 43-Jährige kam verletzt ins Krankenhaus. Dem Mann wird Polizeischutz gewährt.

„Es ist die Aufgabe des Journalismus, über Entwicklungen am äußersten rechten Rand der Gesellschaft zu informieren“, sagte Konken. „Das muss auch künftig ohne Gefahren für die Berichter-statter möglich sein.“ (dpa)

## LOVEPARADE-UNGLÜCK

### Angehörige der Opfer zeigen Staatsanwalt an

**Duisburg.** Fast vier Jahre nach der Tragödie bei der Duisburger Love-parade wollen Angehörige der Opfer Strafanzeige gegen die zuständige Staatsanwaltschaft wegen Strafvereitelung im Amt stellen. Sie werfen ihr Verzögerungen vor, außerdem habe die Duisburger Anklagebehörde bei der Aufklärung des Unglücks Fehler gemacht, erklärte ein Vertreter der Betroffenen-Initiative „Lopa2010“ am Mittwoch. Am 24. Juli 2010 waren bei der Katastrophe 21 Menschen gestorben, Hunderte wurden verletzt.

Nach der Anklageerhebung der Staatsanwaltschaft vor einem Jahr war es zu Verzögerungen gekommen. Die Betroffenen fürchten, dass wichtige Fristen verstreichen und der Prozess am Ende ganz platzen könnte. „Ohne Rechtsprechung können die Hinterbliebenen keinen Schlusspunkt finden“, sagte der Sprecher der Opfer, Jörn Teich. (dpa)

## LANDESANGESTELLTE

### Warnstreik in ganz NRW

**Düsseldorf.** Landesweite Warnstreiks an Schulen, Hochschulen, Unikliniken, in Justiz oder Verwaltung: Mehrere Tausend angestellte Landesbeschäftigte werden nach Angaben von Gewerkschaften am heutigen Donnerstag die Arbeit niederlegen und in Düsseldorf für mehr Geld demonstrieren. Vor der dritten Runde der Tarifverhandlungen für den Öffentlichen Dienst der Länder Anfang der kommenden Woche in Potsdam gehe es darum, „noch mal richtig was in die Waagschale zu werfen“, sagte ein Sprecher der GEW. Die Lehrgewerkschaft rechnet damit, dass erneut spürbar Unterricht ausfällt. (dpa)

# Erfttal ist freundlich zu Senioren

Im Bürgerhaus des Neusser Stadtteils hat sich ein Netzwerk von Angeboten und Hilfen etabliert

VON BARBARA A. CEPIELIK

**Neuss.** Eine Enquêtekommission hat bereits einen dicken Bericht zur alternnden Gesellschaft vorgelegt, vor kurzem hat sich in Neuss ein Demografiebeirat konstituiert. Es wird viel konferiert. Dabei müssten die Stadtoberen eigentlich nur in den Stadtteil Erfttal blicken. Dort im Bürgerhaus und drum herum versammelt sich viel von dem, was NRW-Gesundheitsministerin Barbara Steffens und

**serie**  
**GEHT DOCH (7)**  
*Geschichten von Menschen, die handeln statt zu hadern*

Landesbauminister Michael Grosseck für altersgerechte Quartiere als Ziel formuliert haben.

Erfttal ist eine 70er Jahre Siedlung mit rund 5200 Einwohnern, einige halten den Stadtteil für einen sozialen Brennpunkt. Fest steht: Die Bewohner hier sind mit den Häusern in die Jahre gekommen. Und der Stadtteil ist beispielhaft seniorenfreundlich.

Unter dem Dach des vom Sozialdienst Katholischer Männer (SKM) geführten Bürgerhauses versammeln sich viele Institutionen. Die Schuldnerberatung sitzt neben der Pflegeberaterin, die man rufen kann, wenn man nicht sicher ist, ob der Medizinische Dienst eine Pflegestufe zubilligen würde. Es werden Computer- und Sportkurse für Menschen über 60 angeboten, Skatnachmittage und einmal im Monat ein Tanzcafé.

Wer Gesellschaft sucht, kann sie am Frühstücksbuffet oder am Mittagstisch finden. In einem der Büros sitzt die Sozialarbeiterin Julia Kampmann, zuständig für das Lotsenprojekt. Sie und eine Kollegin vermitteln (zurzeit 16) ehrenamtliche Helferinnen an Senioren jenseits der 75, die Unterstützung brauchen. Mehr als Tausend Senioren in Erfttal haben einen Brief erhalten und von dem Angebot erfahren, ein Fünftel von ihnen reagierte: häufig mit einem Wunsch. Der Diözesan-Caritasverband Köln hat die Lotsenidee zwei Jahre gefördert, nun muss es ohne das Geld weitergehen. Und es geht weiter, sehr wahrscheinlich mit Hilfe des Landes. Das liegt auch an Werner Schell, dem „Dauer-Querulanten“, wie er sich selbst nennt. Ein mit Aktenordnern gefüllter Kellerraum in seinem Ein-

familienhaus ist seine Zentrale, der Ort, von dem aus er inspiriert und tröstet, hilft und insistiert.

Der frühere Landesbeamte hat sich beruflich zeitlebens auch mit Pflege befasst, im Ruhestand wirkt der inzwischen 75-Jährige unverdrossen weiter: „Ich habe mich immer für Menschen engagiert, denen sonst keiner half.“

Schell lädt zu Vorträgen ein, ist Mitglied der Stadtteilkonferenz und der Gesundheitskonferenz des Kreises ebenso. Schell ist außerdem Gründer von „Pro Pflege“, einem Selbsthilfework, das sich für pflegende Angehörige und Pflegeberufe stark macht. Er schreibt Briefe und Mails, um komplizierte Pflege-Einzelfälle zu regeln; manchen geht er damit schon mal auf die Nerven. Bundesgesundheitsminister Gröhe indes lud ihn sogar zum Gespräch ein, so sehr hat ihn Schell mit seiner Fachkunde begeistert. Schells Buch „Staatsbürgerkunde und Gesetzeskunde für die Pflegeberufe in Frage und Antwort“ ist in zwölf Auflagen erschienen. In Neuss und im Rhein-Kreis Neuss engagieren sich viele in der Sozial- und Seniorenpolitik, Schell tut es besonders effektiv. Für ihn ist klar: Wir alle werden häufiger als bisher auch in unserem Ruhestand aktiv werden müssen. „Und zwar nicht nur für die Enkelchen, sondern für die Nachbarschaft, für die Gesellschaft. Es ist immer meine feste Überzeugung gewesen, dass man sich für die Gesellschaft engagieren, dass man sich der Verantwortung stellen – und pfleglich miteinander umgehen muss. Ich versuche, andere zu mobilisieren.“

Von der Stadt und vom Kreis wünschte er sich mehr Unterstützung. Immerhin: Gegenüber vom Bürgerhaus, dort, wo früher Hochhäuser verrotteten, hat der Bauverein Neuss neue Wohnhäuser errichtet, auch einen Trakt mit betreutem Wohnen. Auf der Ecke soll im April eine Tagespflege eröffnen



Werner Schell  
Foto: Cepielik



Paul Petersen, einer der Leiter des vom Sozialdienst katholischer Männer geführten Bürgerhauses im Neusser Stadtteil Erfttal Foto: privat

– dann haben es Demenzzranke aus Erfttal nicht mehr so weit. Trotz der Erfolge kritisiert Schell: „Es tut sich nichts, wenn es kein Gesetz gibt.“ Seine Befürchtung ist, dass das Thema „altengerechte Viertel“ zu langsam vorangebracht wird. „Ach, ja“, sagt Schell zum Abschluss des Gesprächs mit Sozialarbeiterin Kampmann im Bürgerzentrum, „was wir auch noch in Angriff nehmen können: Wohlfühlrufe. Einfach Senioren abtelefonieren, und fragen, ob al-

les in Ordnung ist.“ Vorher wollen er und seine Mitstreiter aber das Penny-Problem regeln. Der Supermarkt will um 200 Quadratmeter erweitern. Dafür fielen aber Parkplätze weg, die zwingend vorgeschrieben wären. Ein Dilemma. Schell sieht das anders: „Die Leute hier brauchen den Laden, der muss bleiben.“ Er plädiert für eine Ausnahme des städtischen Baugenehmigungsamtes: „Gesetze sind doch für die Menschen da – nicht gegen sie.“

## Haben Sie Vorschläge?

**Der nächste Pflgetreff** (mit Karl-Josef Laumann, dem Beauftragten der Bundesregierung für Patienten und Pflege sowie weiteren Experten) ist am Dienstag, 14. April, 16-18 Uhr, im „Kontakt Erfttal“, Bedburger Straße 57, Neuss-Erfttal. Wir stellen Projekte, Ideen und Initiativen in NRW vor, die zeigen, wie viel Spaß es

machen kann, Dinge positiv zu verändern, statt immer nur zu klagen. Wir berichteten über wiederbelebte Geschäfte, Nachbarschaftsprojekte und neue Formen des Zusammenlebens. Haben Sie Beispiele, über die Sie sagen, sie passen in unsere Serie „Geht doch“? Dann schreiben Sie uns! ksta-region@mds.de

## Schatzsucher brauchen Erlaubnis

**HOBBY** Verband der Sondengänger und Denkmalpfleger sind sich uneins

**Köln.** „Komm wir suchen einen Schatz“, so heißt das beliebte Kinderbuch von Janosch über ein Abenteuer, dem freilich auch immer mehr Erwachsene begeistert nachgehen. Das LVR-Amt für Bodendenkmalpflege rechnet auf fünf Quadratkilometer im Rheinland einen Sondengänger.

„Das Sondeln als neue Landplage“ titelte der „Kölner Stadt-Anzeiger“ am 4. Februar einen Bericht über die Schatzsuche mit Metalldetektoren. Grundsätzlich bedürfe „das Suchen nach Schätzen, das Ausgraben von Schätzen sowie das Heben von Schätzen“ in Nordrhein-Westfalen keiner amtlichen Genehmigung, erklärt hierzu die „Deutsche Sondengänger Union“. Lediglich das Graben nach Bodendenkmälern und das Bergen von Bodendenkmälern aus Gewässern oder in Grabungsschutzgebieten bedürfe einer amtlichen Genehmigung. Zudem sei das Verkaufen von Schätzen „vollkommen legal, solange es sich um das Eigentum des Verkäufers handelt“. Werde hingegen ein Denkmal, also „eine besondere Form des Schatzes, an deren Erhaltung und Nutzung ein öffentliches Interesse besteht“ veräußert, müsse dies der Unteren Denkmalbehörde angezeigt werden, so die DSU.

## Bodendenkmäler gehören NRW

Auf Anfrage des „Kölner Stadt-Anzeiger“ stellt das LVR-Amt für Bodendenkmalpflege seinerseits klar: „Nach dem Denkmalschutzgesetz NRW ist das Nachforschen nach Bodendenkmälern nur mit einer Erlaubnis der Oberen Denkmalbehörde zulässig. Die Erlaubnispflicht gilt nicht nur für archäologische Ausgrabungen, sondern für alle Tätigkeiten, die mit dem zielgerichteten Suchen nach Bodendenkmälern verbunden sind. Dieser Tatbestand ist schon dann erfüllt, wenn billigend in Kauf genommen wird, dass man bei der Suche mit Metalldetektoren auf Bodendenkmäler trifft.“

Außerdem sei das Verkaufen von Schätzen nur legal, wenn es sich nicht um Bodendenkmäler oder Funde von besonderer wissenschaftlicher Bedeutung handelt. „Diese Einschätzung obliegt allein den hierfür zuständigen Fachleuten“, stellt der LVR klar. „Wer Bodendenkmäler verkauft, macht sich strafbar!“

Nun wird es nicht gleich nötig sein, Polizei oder Ordnungsämter zu rufen, wenn man einen Sondengänger sieht. Wer auszieht, mit der Sonde einen Schatz zu suchen, wird wissen, dass dieser, wenn er ihn denn findet, nicht ihm, sondern dem Land Nordrhein-Westfalen gehört, wie es das Schatzregal besagt. Demnach werden herrenlose, archäologische Funde zum Zeitpunkt des Fundes Landeseigentum. (hch)



Ein Sondengänger Foto: dpa

# Löhrmann will Stundenausfall nicht erfassen

**UNTERRICHT** Opposition beharrt auf Statistik für jede Schule in NRW

VON FABIAN KLASK

**Düsseldorf.** Nur 1,7 Prozent Unterrichtsausfall in NRW? Seit Schulministerin Sylvia Löhrmann vor zwei Wochen ihre Ausfallstatistik vorgestellt hat, muss sich die grüne Ministerin zweifelnden Nachfragen stellen: Am Mittwoch befasste sich der Düsseldorfer Landtag mit der aktuellen Erhebung, es ist die erste seit Löhrmanns Amtsantritt vor fünf Jahren.

Die Kritik der Opposition fällt grundsätzlich aus: FDP und CDU nehmen der Schulministerin nicht ab, dass es nicht möglich sein soll, mit vertretbarem Aufwand dauerhaft den Unterrichtsausfall für je-

dem NRW-Schule zu erfassen. Ein Großteil der Schulen arbeiteten längst mit vielseitigen Stundenplan-Programmen, meinte etwa CDU-Schulexpertin Ute Voigt. Viele dieser System seien bereits in der Lage auch den Stundenausfall zu erfassen. Die CDU verweist unter anderem auf Hamburg, wo permanent eine Statistik an jeder Schule geführt werden. Löhrmann dagegen schicke für ihre Stichprobe noch immer Papierfragebögen an ausgewählte Schulen. „Das ist digitale Steinzeit“, sagt Voigt. In einem Antrag an den Landtag will die CDU deshalb in der nächsten Woche dersetzen, dass auch in NRW bald der Stundenausfall in

jedem Schulsekretariat per Maus-klick erfasst werden muss.

Löhrmann machte klar, dass das mit ihr nicht zu machen ist: Der Personal-Aufwand wäre „erheblich“, lautet die Antwort der Ministerin: Wollte man den Ausfall an allen 6000 Schulen mit ihren 60 000 Klassen tatsächlich erfassen und auswerten, wären damit allein 220 Vollzeitkräfte beschäftigt, schätzt Löhrmann. Sie stecke diese „Ressourcen lieber in die Erteilung des Unterrichts“, sagte die Grünen-Politikerin.

FDP-Bildungsexpertin Yvonne Gebauer vermutet ein ganz anderes Motiv: Auf das Ergebnis einer Stichprobe habe das Ministerium

viel größeren Einfluss – etwa über die Auswahl des untersuchten Zeitraums oder die Zahl der befragten Schulen. Ein absurder Vorwurf, findet Löhrmann. Ihr Ministerium manipulierte die Zahlen nicht, man gebe nur weiter, was die Schulen meldeten. Die Opposition, da ist man sich bei Rot-Grün einig, nutze das Thema, um es „populistisch“ auszuschlachten. Überrascht hörte mancher Abgeordnete SPD-Frau Renate Hendricks zu. Sie begründet die Zurückhaltung der Regierung beim Thema Statistik so: Man werde der Opposition „mit Sicherheit keine Vorlage“ für einen Wahlkampf mit dem Unterrichtsausfall bieten.